

„Der Beitrag der Parlamente zur Ostseezusammenarbeit: Rückschau und Ausblick“

**Rede von Landtagspräsident Heinz-Werner Arens
anlässlich des 5-jährigen SCHIFF-Jubiläums
am Dienstag, dem 17. Oktober 2000**

1. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

fünf Jahre SCHIFF und zehn Jahre Ostseekooperation lautet das Leitthema der heutigen Veranstaltung. Was sind zehn Jahre für einen Politiker? Gerade einmal zwei Legislaturperioden. Und was sind zehn Jahre für einen Historiker? Allenfalls ein Blitzlicht, eine Momentaufnahme im historischen Abriss. Und dennoch werden gerade die vergangenen zehn Jahre in die Geschichte und in die politische Bilanz des Landes Schleswig-Holstein eingehen, wenn man den Ostseeraum und die Entwicklung dieser Beziehungen in einen größeren regionalen Zusammenhang und in einen internationalen Kontext stellt.

In der mittelalterlichen Hansezeit gehörte der Ostseeraum zu den politisch und wirtschaftlich bedeutendsten Regionen Europas und der Welt. Dänemark und Schweden waren lange Zeit Mächte von europäischem Rang. Und St. Petersburg glänzte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs als eine europäische Metropole.

Uns alle fasziniert die Idee, diesen Wirtschafts- und Lebensraum Ostsee wieder zu beleben. Es war Björn Engholm, der im Jahr 1987 - also vor dem Fall von Mauer und Eisernem Vorhang - seine Vision von einer Neuen Hanse verkündete. Vor zehn Jahren wurde der politische Wunsch Wirklichkeit. Der Untergang der kommunistischen Zwangssysteme in Mittel- und Osteuropa, die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die Europäische Union ebenso wie ihre anstehende Erweiterung nach Osten haben den politischen Horizont erweitert. So wie die Geschichtsschreibung die Hanse als einen internationalen Städtebund und als Mittlerin zwischen Ost und West interpretiert, sehen wir die Ostsee wieder in ihrer verbindenden und großräumigen Dimension. Hier wächst buchstäblich und sichtbar zusammen, was zusammengehört - geografisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell.

Hinter dieser Entwicklung steht ein zentrales Motiv, das ich Sicherheitspolitik durch Annäherung nennen will. Wer sonst, wenn nicht die Parlamente und ihre Abgeordneten wären gefordert, diesen Auftrag zu erfüllen. Den Frieden zu bewahren und zu sichern, heißt vielleicht zuallererst, den Frieden zu erforschen, die vorhandenen Möglichkeiten

der Frühwarnung und Konfliktprävention auszuloten. Folglich muss sich das politische Handeln auf fundierte wissenschaftliche Grundlagen stützen. In Schleswig-Holstein stehen uns hierfür Kompetenz und konzentriertes Wissen zur Verfügung. Ich spreche von unserem heutigen Gastgeber, dem Schleswig-Holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel - kurz ich spreche von dem SCHIFF.

Ein Blick in den SCHIFF-Tätigkeitsbericht für 1999 macht deutlich, dass das Schleswig-Holsteinische Friedensforschungsinstitut und die Ostseeparlamentarier eng zusammenarbeiten:

Ich zitiere: „Die Ostseeregion steht im Mittelpunkt des empirischen Bezugs der Forschungsarbeit am SCHIFF, ... vor allem in der Perspektive einer prozesshaften Gestaltung von Frieden in Europa. Welche Rolle kommt der Ostseeregion bei der Entfaltung neuer europäischer Friedensstrukturen zu und umgekehrt, wie wirken die Veränderungen in Europa auf die Ostseeregion und die Lebensbedingungen der Menschen in ihr zurück? Dabei wird gleichermaßen nach den Konfliktpotenzialen in der Ostseeregion selber gefragt, wie auch nach den Möglichkeiten, sie durch verstärkte grenzüberschreitend-regionale Kooperation ... zu verringern und einer konstruktiven Bearbeitung zuzuführen.“ – Zitat Ende.

Die Parlamente der Ostseeanrainerstaaten sind an den wissenschaftlichen Erkenntnissen sehr interessiert. Erkenntnis allein reicht jedoch nicht aus. Es ist ebenso wichtig, diese umzusetzen, mit anderen Worten, politisch zu gestalten. Hieran anknüpfend will ich die Entwicklung und das Selbstverständnis der Ostseeparlamentarierkonferenz erläutern. Die grenzüberschreitende parlamentarische Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Oblast Kaliningrad, wird ein weiterer Schwerpunkt meines Vortrages sein.

2. Ostseekooperation

Die Idee der Zusammenarbeit im Ostseeraum hat sich ursprünglich aus vielfältigen städtischen, kirchlichen, wirtschaftlichen, sozialen und privaten Kontakten entwickelt. Die politische Zusammenarbeit durch Begegnungen auf der Ebene der Parlamente und Regierungen ist eine weitere tragende Säule. In kürzester Zeit hat sich im Ostseeraum ein Netzwerk von parlamentarischen, staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen entwickelt. Die verschiedenen Akteure haben bei letztlich gleicher Zielsetzung jeder für sich einen eigenen Auftrag und ein eigenes Selbstverständnis, was ich am Beispiel der Ostseeparlamentarierkonferenz erläutern will. Hierzu nachfolgend:

2.1 Die Ostseeparlamentarierkonferenz

Nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs schufen die Parlamentarier aller Ostseeanrainerstaaten 1991 auf finnische Initiative zunächst die Ostseeparlamentarierkonferenz, ein Diskussionsforum. Die Konferenz hat sich zum Ziel gesetzt, durch enge politische Zusammenarbeit zu Sicherheit und Stabilität im Ostseeraum beizutragen. Ihr hervorstechendes Merkmal ist, dass regionale und nationale Parlamente gleichberechtigt zusammenwirken. Das ist, soweit ich sehe, in ganz Europa und wohl auch darüber hinaus ohne Beispiel.

So kurz – ich wies eingangs darauf hin – eine Zeitspanne von zehn Jahren ist, sie reicht aus, um Erfahrungen zu sammeln, zu lernen und, wo es notwendig ist, Entwicklungen zu präzisieren und auf ein Ziel hin zu fokussieren. In dem Zeitraum von zehn Jahren hat sich auch die Zusammenarbeit der Parlamente spürbar verändert. Waren zu Beginn das Ins-Gespräch-Kommen, die Kontakte, das Sich-Kennenlernen, der persönliche Kontakt unter den Parlamentariern Ziel, Inhalt und Zweck, so stehen heute konkrete und zielgerichtete politische Aktivitäten im Mittelpunkt. Aus dem ursprünglichen Diskussionsforum ist mit Verabschiedung einer Geschäftsordnung im vergangenen Jahr eine Arbeitsplattform geworden. Dieser Wandel, dieses neue Selbstverständnis der Ostseeparlamentarierkonferenz, spiegelt sich auch in dem neuen Namen der Konferenz wieder. Sie firmiert seither unter dem Kürzel BSPC, Baltic Sea Parliamentary Conference. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Implementierung der jährlich verabschiedeten Resolutionen, für die das politische Leitungsgremium der Konferenz, das Standing Committee, verantwortlich zeichnet. In diesem Gremium sind der Nordische Rat, die Baltischen Staaten, Polen, Russland und die Parlamente der norddeutschen Küstenländer (SH, MVP, HH, HB) sowie der Deutsche Bundestag vertreten.

Das Standing Committee übt die ihm übertragenen Aufgaben in enger Rückkoppelung mit der Arbeitsebene der jeweiligen Parlamente aus, d.h., mit den zuständigen parlamentarischen Gremien, insbesondere den Europa- und den sonstigen Fachausschüssen. Dieser Ansatz unterstreicht zugleich die Notwendigkeit einer engen politischen und fachlichen Zusammenarbeit aller an der Ostseekooperation beteiligten deutschen Parlamente. Nur wenn wir mit einer Stimme sprechen, werden wir im Ostseeraum gehört.

Dass uns dies ganz gut gelingt, zeigt die jüngste Jahreskonferenz im September d.J. in Malmö. Zwei zentrale Punkte der in Malmö verabschiedeten Resolution sind auf eine gemeinsame Initiative der norddeutschen Ostseeanrainer und des Deutschen Bundestages zurückzuführen. Hierbei handelt es sich um die Forderung nach einer Intensivierung des Jugendaustausches und der Einrichtung einer Ostseejugendstiftung. Als Orientierung, vielleicht sogar als Keimzelle dieser Stiftung kann möglicherweise das schon bestehende Ostseejugendsekretariat in Kiel dienen, auf das die Malmö-Resolution ausdrücklich Bezug nimmt.

Eingebettet in den Bereich von Bildung und Nachwuchs ist auch die Forderung nach einer Internationalen Sommerakademie zum Thema „Die Ostseeregion im neuen Europa“. Zu dieser Idee der Sommerakademie für junge Führungskräfte aus dem Ostseeraum hat das Schleswig-Holsteinische Institut für Friedenswissenschaften den Anstoß gegeben und der Konferenz eine entsprechende Ausarbeitung vorgelegt. Das sei, so der Vertreter des Nordischen Rates im Standing Committee, „eine fantastische Idee“. Ich habe in der Zwischenzeit ein Schreiben an die Ministerpräsidentin gerichtet und sie in zweifacher Hinsicht um Unterstützung gebeten:

Einerseits die Förderung des Projektes in Gestalt von Stipendien seitens der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Initiativkreis Ostsee zu erörtern und andererseits in einer konzertierten Aktion von Landtag und Landesregierung dem Bundesaußenminister als dem derzeitigen Vorsitzenden des Ostseerates vorzuschlagen, dass der Ostseerat die Schirmherrschaft für das Projekt übernimmt.

Es ist unsere Absicht, dass hier – beginnend in Schleswig-Holstein – ein Ostseeprojekt vom Stapel laufen soll, das über Jahre angelegt und unabhängig vom jeweiligen Vorsitz im Ostseerat in den ganzen Ostseeraum hineinwirkt.

An beiden Beispielen wird deutlich, dass es inzwischen eine eigenständige parlamentarische Arbeit im Ostseeraum gibt. Nicht mehr nur Regierungshandeln begleiten, sondern selbständig und in eigener Regie Kooperationen und Projekte initiieren und so dem Zusammenwirken eine breite demokratische Legitimation zu verleihen – das sind unser Selbstverständnis und unser Auftrag.

Zurück zu dem Thema Sicherheit:

Durch die unterschiedlichen Lebensbedingungen im Ostseeraum, durch Armut und Arbeitslosigkeit entwickelt sich sozialer Sprengstoff, der die Sicherheit entscheidend gefährden kann. In den ehemals kommunistischen Ländern sind die Probleme am größten. Hier sind besonders alte Menschen, kinderreiche Familien, Menschen in der Landwirtschaft, im Bergbau und in der Textilindustrie von Armut betroffen.

Die Ostseeparlamentarier sind sich einig, dass die Länder im Übergang ihre Gesellschaftssysteme aus eigenem Antrieb verändern müssen. Unzureichende Produktivität, erhöhte Unfallzahlen am Arbeitsplatz und im Straßenverkehr, eine vergleichsweise niedrige Lebenserwartung, ungesunde Lebensgewohnheiten und teilweise unzureichende Fürsorge für Kinder signalisieren, dass ein verantwortungsvolles soziales Verhalten noch fehlt. Die Lösung dieser Probleme ist untrennbar mit dem **Aufbau einer Zivilgesellschaft** verbunden. Die Ostseeparlamentarierkonferenz in Malmö hat folgerichtig beschlossen, ihre nächste Jahreskonferenz in Greifswald unter dieses Leitthema zu stellen. Die Vorarbeiten hierzu laufen. Das von mir in Auftrag gegebene und vom SCHIFF im Juni d.J. vorgelegte Gutachten zur Zivilgesellschaft in Kaliningrad ist schon jetzt eine wichtige Orientierung. Es ist vor allem wissenschaftlich qualifiziertes Material, das auch im Rahmen der Malmö-Konferenz internationale Beachtung gefunden hat.

3. Kaliningrad als Schwerpunktthema der BSPC

Die Nördliche Dimension, die sich im wesentlichen auf die Einbindung Kaliningrads in das Netzwerk der Ostseezusammenarbeit konzentriert, ist das zentrale politische Thema.

Mit der Erweiterung der EU nach Osten gewinnt ihre künftige gemeinsame Grenze mit der Russischen Föderation zunehmend an Bedeutung. Dem Kaliningrader Gebiet fällt dann aufgrund seiner geographischen Lage als russischer Exklave eine besondere Rolle zu - eine Rolle von politischer Bedeutung für die ganze Ostseeregion.

Für die russische Führung gilt Kaliningrad als Pilotregion für die Entwicklung einer regionalen Zusammenarbeit mit der EU. Die Europäische Union, die Russische Föderation und die Ostseeanrainerstaaten – insbesondere Polen und Litauen – suchen nach geeigneten Maßnahmen, um die Konsequenzen aus der Enklavensituation aufzufangen und das immer größer werdende sozioökonomische Gefälle zu überbrücken.

Das Stichwort vom Baltic Schengen, das Für und Wider von Freihandels- und Sonderwirtschaftszonen sowie die Bekämpfung der organisierten Kriminalität lassen erkennen, dass die Politik vor großen Herausforderungen steht. Gemeinsam sind Parlamente und Regierungen aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten und den uns auf der Ebene der jeweiligen Zuständigkeit möglichen Beitrag zu ihrer Realisierung zu leisten.

So sind es vor allem auch die regionalen Partnerschaften und die regionale Wirtschaftskooperation, die dazu beitragen, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland ebenso wie die EU-Russland-Strategie mit Leben zu erfüllen.

Vor diesem Hintergrund sehe ich die gegenwärtig eher abwartende Haltung der russischen Zentralmacht gegenüber den regionalen Kooperationsmodellen mit Sorge. Der russische Präsident hat kurz nach seinem Amtsantritt neue Schritte zur Stärkung des Zentralstaates in Russland eingeleitet. Die Verwaltungsreform zielt darauf ab, die präsidiale Kontrolle über die Regionen zu verbessern. In den sieben abgegrenzten föderalen Bezirken soll je ein Präsidentenvertreter die Einhaltung föderaler Gesetze und die Umsetzung der Kreml-Dekrete sicherstellen.

Ich habe die russische Politik nicht zu bewerten. Was wir können und was wir wollen, ist dass wir einen aktiven Beitrag zu einer stärkeren Einbindung Kaliningrads in die Ostseekooperation leisten. Als erstes und einziges Parlament ist der Schleswig-Holsteinische Landtag um die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen mit der Gebietsduma von Kaliningrad gebeten worden. Das hat seinen Grund, genauer gesagt, mehrere Gründe:

Seit 1992 gibt es eine Städtepartnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Kiel und der Stadt Kaliningrad, und im Februar 1999 hatte die Schleswig-Holsteinische Landesregierung mit der Gebietsverwaltung von Kaliningrad ein Kooperationsabkommen geschlossen. Damit waren bereits politische Rahmenbedingungen auf verschiedenen Ebenen vorbereitet, die im Januar dieses Jahres zur Unterzeichnung des Memorandums über parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der Kaliningrader Gebietsduma und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag geführt haben.

Die schnelle Einigung über die Inhalte des Memorandums war möglich, weil der Präsident der Kaliningrader Gebietsduma, Valerij Ustyugov, und ich bereits seit längerem im Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz zusammenarbeiten. Nicht zuletzt das in dem Gremium gewachsene Vertrauen und die persönlichen Kontakte haben den Weg für die Unterzeichnung des Memorandums geebnet.

Das Memorandum beschränkt sich bewusst auf parlamentspezifische Themen und somit auf das, was wir als Parlament zu leisten imstande sind. Im Vordergrund stehen die Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Konkret heißt dies die Festigung der staatlichen Institutionen, insbesondere der Gesetzgebungs-, Exekutiv- und Rechtspflegeorgane. Des weiteren wird besonderes Schwergewicht auf die Modernisierung der Verwaltung, auf Schulungsprogramme für junge Politiker und die schon erwähnte Entwicklung einer Zivilgesellschaft gelegt.

Das parlamentarische Abkommen zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad soll keine Sonderstellung und Sonderbeziehung mit Ausschließlichkeitscharakter einleiten. Vielmehr verstehe ich es als einen Beitrag zu dem Prozess der Vertrauensbildung in der Ostseeregion.

Dieser ist eingebettet in das Netzwerk der interparlamentarischen Beziehungen in Gestalt der Ostseeparlamentarierkonferenz.

4. Ausblick

Damit schließt sich der Kreis von dem Institut für Friedenswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel über den Schleswig-Holsteinischen Landtag bis hin zur Ostseeparlamentarierkonferenz. Gemeinsam arbeiten wir an Sicherheit und Stabilität im Ostseeraum. Wir sind in den fünf oder zehn Jahren, die uns bisher zur Verfügung standen, ein gutes Stück vorangekommen.

Natürlich bin ich mir dabei bewusst, dass die Aufgabe der Parlamente nicht die konkrete Aktion, die handlungsorientierte Umsetzung ist. Vielmehr geht es darum, Demokratie zu legitimieren, anzuregen und aufzufordern. Dieser Auftrag wird bisweilen missverstanden, denn Journalisten fragen gern nach den konkreten Erfolgen.

Zwei Bemerkungen will ich dazu machen. Weil die Ostseeparlamentarierkonferenz ein Gremium ist, in dem nationale und regionale Parlamente gleichberechtigt arbeiten, gilt das Konsensprinzip. Das ist eine Kultur, die es woanders nicht gibt. Wenn man Arbeitsergebnisse erreichen will, muss man überzeugen und sich abstimmen. Mit Druck und Mehrheitsentscheidungen ist da nichts zu machen.

Zweitens möchte ich anmerken: Man mag mit dem wertenden halb vollen und halb leeren Glas an jedes Ergebnis herangehen, aber eines scheint mir sicher zu sein: perspektivisch wird die Ostseeparlamentarierkonferenz in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten noch mehr als heute gebraucht werden. Sie ist das einzige politische Gremium im europäischen Erweiterungsprozess und damit in der europäischen Integration, das Mitgliedstaaten der EU, Noch-nicht-Mitgliedstaaten und Nie-Mitgliedstaaten an einen Tisch bringt. Unter dem Aspekt Stabilität und Frieden im Zuge der osteuropäischen Erweiterung in Europa ist es gut zu wissen, dass wir ein Forum haben, in dem alle Repräsentanten der regionalen Ebene wie der nationalen Ebene an einem Tisch sitzen.

Darum ist die parlamentarische Dimension der Ostseekooperation notwendig: Wir müssen unsere Arbeit an unseren eigenen verfassungsrechtlichen Aufgaben und Forderungen messen. Wir laufen nicht von morgens bis abends mit dem Geldsack durch die Lande und verteilen Wohltaten über Gerechte und Ungerechte. Unsere Aufgabe ist es, Handlungsrahmen abzustecken, Legitimität für Regierungshandeln, für Impulse zu geben, Brücken zu schlagen, Kooperation aufzubauen und eine Moderatorenrolle einzunehmen. Das ist unsere Aufgabe – nicht mehr, aber auch nicht weniger.